

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Ed. Staatsbank, Dresden,
Bank der Arbeiter, Anstalten
und Beamten, A.-G., Dresden,
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Einnahmen irgendwelcher Art, ist es durch oben ohne Einfluß dieser Beschlüsse, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Rückführung der Zeitung.

Abonnementpreis mit der halbjährlichen Unterhaltungsbeilage „Arten, Wissen, Kunst“, außerdem „Zeit und Welt“ monatlich 1,50 M., auswärts 45 Pf. Einmalige Abnahme 1,50 M. Ausland, Post- und Zustellungsgeb. 24 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Bettendorfer Str. 26/27. Dresden
Verlagsleitung: Bettendorfer Str. 25/26 und 27/27.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Kompatille
zelle 20 Pf., die 30 mm breite Melanotte 2,00 M., für auswärts
Ausgaben 40 Pf. und 2,50 M. Familienanlagen, Stellen- und
geluche 40 Bros. Rabatt. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 123

Dresden, Sonnabend, den 30. Mai 1931

42. Jahrgang

Parteitag in schwererer Zeit

Das Problem der Krise

Der Parteitag in Leipzig tritt in einer Zeit zusammen, in der die deutsche Sozialdemokratie vor so ungeheuren Aufgaben und Entscheidungen steht wie kaum jemals. Eine Wirtschaftskrise sucht die Welt heim, wie sie die an Krisen so reiche kapitalistische Welt wohl noch niemals erlebte. In Deutschland ist jeder dritte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter arbeitslos. Die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage und eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit sind zur Zeit sehr gering, und die wirtschaftliche Not der Massen hat die Stofkraft der Arbeiterklasse geschwächt.

Für die Beurteilung der bisherigen und die Richtung der künftigen Politik unserer Partei ist eine eingehende Betrachtung der Wirtschaftslage von großer Bedeutung, und deswegen ist ja auch das Referat des Genossen Larnow über die Wirtschaftskrise an den Anfang der Beratungen des Parteitages gestellt. In den letzten Monaten wurde in unserem Lager so oft die Frage aufgeworfen: Ist die Weltkrise, die wir jetzt durchmachen, eine von den Krisen des Kapitalismus, die wieder vorübergehen werden wie frühere Krisen, um sich über kurz oder lang zu wiederholen, oder haben wir es mit der Krise des Kapitalismus zu tun, die der Kapitalismus nicht überwinden kann? Diese Frage wird freilich auf dem Parteitag nicht gelöst werden, wie überhaupt bei dem heutigen Stand der Erkenntnis eine endgültige Antwort darauf nicht gegeben werden kann. Wir wissen, daß die Ursachen, die die gegenwärtige Krise hervorriefen, denen ähnlich sind, die bei früheren wirtschaftlichen Erschütterungen wirksam waren. Wir wissen aus Erfahrung, daß in der kapitalistischen Gesellschaft, wenn einmal eine Krise ausgebrochen ist, Gegenkräfte auftreten, und daß bisher jede Krise einmal überwunden wurde, aber wir haben nicht die Sicherheit, daß diesmal diese Gegenkräfte stark genug sind, um dem Kapitalismus den Weg aus der Krise zu ermöglichen.

Die gewaltige Wirtschaftskrise ist die wichtigste Ursache der großen politischen Schwierigkeiten, denen sich jetzt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenüber sieht. Der Faschismus hätte kaum eine so große Zahl von Anhängern und Nachläufern hinter seine Fahnen führen können, gäbe es nicht Millionen verzweifelter Menschen, die in ihrer Not die Fähigkeit zu ruhigem Denken verloren und nur zu leicht bereit sind, auch dem dümmsten Geschrei zu folgen. Hat es doch die verlogene, allerdings von einem großen Teil der bürgerlichen Presse nur zu eifrig unterstützte nationalsozialistische Agitation fertiggebracht, die Sozialdemokratie in den Augen nur allzu vieler zu dem Sündenbock zu machen, der die Schuld an all dem Elend trägt.

Partei und Jugend

Je schwerer aber die Kämpfe sind, die die Sozialdemokratie zu bestehen hat, desto notwendiger ist es, daß wir das heranwachsende Geschlecht für unsere Sache gewinnen, und deswegen steht auch ein Referat über „Partei und Jugend“ auf der Tagesordnung des Parteitages. Sowohl die Nationalsozialisten wie auch auf der anderen Seite die Kommunisten üben heute auf einen großen Teil der Jugend eine starke Anziehungskraft aus. Der Jugend von

heute geht es sehr schlecht, vielleicht schlechter, als es jemals einer Jugend ging. Tausende von jungen Leuten werden sofort nach Beendigung ihrer Lehrzeit auf die Straße gesetzt und können jahrelang keine neue Arbeit finden. Alle Verufe sind überfüllt. Die Vielzweigen, die sich heute auf die Hochschulen drängen, wissen, daß sie nur wenig Aussicht haben, eine ihrer Ausbildung entsprechende Existenz zu finden. Viele Jugendliche sehen sich heute um die schönste Zeit ihres Lebens betrogen, sind durch Not und Arbeitslosigkeit verbittert. Ist es da ein Wunder, daß bei vielen jungen Leuten die Parteien leichtes Spiel haben, die am besten das Schreien und Schimpfen verstehen?

In der Vorkriegszeit fiel die Jugend des Proletariats, soweit sie überhaupt politisch interessiert und nicht durch religiöse oder anderweitige Liebertätigkeiten zu stark gebunden war, ohne weiteres der Sozialdemokratie zu. Die Sozialdemokratie war die einzige proletarische Partei, die stets in der Opposition stand und die keine andere politische Aufgabe hatte, als immer wieder anzugreifen und vorzuschieben. Durch ihre ganze politische Haltung konnte sie leicht das Bedürfnis der Jugend befriedigen, die jedes Vorwärtstreiben mehr liebt als eine vorsichtige Kriegsführung. Heute hat die Sozialdemokratie nicht nur anzugreifen, sie hat die Demokratie, sie hat die mancherlei sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zu verteidigen. Es ist begreiflich, daß die Jugend, die die Zustände im alten deutschen Kaiserreich am eigenen Leibe nicht kennenlernte, diesen Verteidigungskampf nicht immer richtig zu würdigen vermag.

Die Jugendfrage ist aber auch für die Partei ein organisatorisches Problem. Die bloße Eingliederung der jungen Parteigenossen in unsere Organisation genügt nicht. Wenn auch hier und da einmal einem jungen Parteigenossen ein wichtiger Funktionärposten übertragen wird, und wenn sich auch die jungen Parteigenossen an den Be-

ratungen und Debatten in unseren Parteiverfammlungen beteiligen können, hinter den älteren und erfahrenen Parteigenossen kommt doch oft die Jugend ins Hintertreffen. Aber gerade der junge Mensch hat das Bedürfnis, sich mit Altersgenossen über die Fragen auszusprechen, die ihn bewegen, er verlangt nach einer gewissen Selbständigkeit, und deswegen sind besondere organisatorische Maßnahmen zur Erfassung der jungen Parteigenossen notwendig, wobei selbstverständlich der engste Zusammenhang mit der Parteiorganisation gewahrt bleiben muß. Die jungsozialistische Organisation, die nur einen kleinen Teil der jüngeren Parteigenossen zu erfassen vermochte, konnte die hier vorliegende Aufgabe nicht lösen. Der Parteitag wird darüber zu beraten und zu entscheiden haben, auf welche Weise am ehesten die berechtigten Forderungen und Bedürfnisse der jungen Parteigenossen befriedigt und gleichzeitig ihre Kräfte am besten für die Gesamtpartei nutzbar gemacht werden können.

Wohin der Kurs?

Der wichtigste Beratungsgegenstand des Parteitages ist die Frage: Wie stellen sich die in Leipzig versammelten Vertreter der deutschen Parteigenossenschaft zu der bisherigen Politik der Partei, und welcher Kurs soll in Zukunft gesteuert werden? Die Tolerierungspolitik ist für die Partei schwer zu tragen und wird, wenn sie fortgesetzt werden müßte, in Zukunft noch schwerer zu ertragen sein. Aber es ist jedenfalls gelungen, den Faschismus bisher in dem größten Teil in Deutschland von der Herrschaft über den Staat fernzuhalten. Die Kluft zwischen den Nazis und den bürgerlichen Parteien der Mitte ist größer geworden, die Hitler-Deute haben seit dem 14. September oft genug zeigen müssen, wie hilflos sie in Wirklichkeit den politischen Aufgaben gegenüberstehen, sie

Krisensteuer soll retten

400 Millionen Mark erhofft - Neue Gehaltskürzung von 4 bis 8 Prozent

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Am Freitag haben im Reichskabinett die Beratungen über die neue Notverordnung begonnen. Sie dürften am Montag fortgesetzt und frühestens am Mittwoch vor der Abreise des Reichszanlers und des Außenministers nach Genua endgültig fertiggestellt werden. Da dann noch die Zustimmung des von Berlin abwesenden Reichspräsidenten eingeholt werden muß, ist mit der Veröffentlichung der Notverordnung nicht vor Ende der nächsten Woche zu rechnen. Ueber den Inhalt der Notverordnung lassen sich deshalb in diesem Augenblick endgültige Tatsachen nicht mitteilen. Alle bisher bekanntgewordenen Einzelheiten müssen mit dem Vorbehalt der noch ausstehenden Zustimmung des Gesamtkabinetts versehen werden.

Die neue Notverordnung wird aus zahllosen Einzelbestimmungen bestehen, die in mehrere Abschnitte zusammengefaßt werden dürften. An erster Stelle stehen die Ersparnisse.

Ihre Höhe steht nicht fest, auch ihre Verteilung auf die einzelnen Staatspositionen nicht. Versichert wird, daß etwa 50 Millionen Mark am Mehretat gespart werden sollen, daß die den einzelnen Ministerien zur Verfügung stehenden Fonds zusammengestrichen werden, aber auch Kürzungen einzelner sozialer Posten am Etat des Arbeitsministeriums werden beabsichtigt. Ein zweiter Teil wird sich mit der Schaffung von Mehreinnahmen für den Reichs- und die Arbeitslosenversicherung beschäftigen. In erster Linie ist dabei zu erwägen

die sogenannte „Krisensteuer“,

die von allen steuerpflichtigen Einkommen erhoben werden soll und deren Ertrag teils zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung, teils für Zwecke der Arbeitsbeschaffung und Unterbringung von Erwerbslosen verwendet werden soll. Die Höhe dieser Krisensteuer sollen sich nach der Höhe des Einkommens richten und zwischen 1 Prozent und 5 Prozent gestaffelt sein. Sie werden neben der bisherigen normalen Einkommensteuer einschließlich des Zuschlages für die hohen Einkommen über 8400 M. erhoben. Im Rechnungsjahr 1931 soll der Ertrag dieser Steuer betragen rund 400 Millionen Mark.

Ausgenommen von dieser Krisensteuer werden die Beamten. Bei ihnen wird diese Krisensteuer ersetzt durch eine Kürzung der Gehälter, die nach der Einkommen-

höhe gestaffelt ist, deren Mindestsatz aber nicht unter 4 Prozent liegen wird, während der Höchstsatz bei etwa 8 Prozent erreicht wird.

Die Zudersteuer, die gegenwärtig 5,25 M. für den Zentner beträgt, wird auf 10,50 M. erhöht. Der Ertrag dieser Steuererhöhung wird für den Rest des Etatsjahres auf 110 Millionen Mark veranschlagt. Ob gleichzeitig eine Senkung des Höchstpreises eintritt, um die starke Steigerung der Zuderpreise durch die Steuererhöhung zu vermeiden, wird noch erwogen. In Aussicht genommen ist ferner eine Erhöhung des Zolls auf Mineralöl. Erörtert wird noch eine entsprechende Ausgleichsabgabe für das im Inland erzeugte Benzin und Benzol. Bei der Tabaksteuer sind Erhöhungen nicht geplant. Man denkt lediglich an Maßnahmen, durch die der Konsum an Zigaretten, der unter dem Einfluß der letzten Steuererhöhung stark zurückgegangen ist, wieder gehoben wird.

Der Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung

wird wahrscheinlich nach den angeblich von der Brauns-Kommission einstimmig gefaßten Beschlüssen gedeckt werden. Soweit der Arbeitslosenversicherung nicht durch die Krisensteuer neue Mittel zufließen, ist ein Leistungsabbau durch Verlängerung der Wartezeit und Kürzung der Unterstützungsbauer zu erwarten. Eine Beitragserhöhung ist nicht mehr in Aussicht genommen. An ihre Stelle tritt die Krisensteuer. Der Rest der Mittel der Krisensteuer soll der Anturbelastung der Wirtschaft dienen. Sie wird an

ein Arbeitsbeschaffungsprogramm

gedacht, durch das zunächst rund 125 000 Arbeiter in Beschäftigung gebracht werden sollen. Die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsverbandsarbeiten der Gemeinden ist anscheinend fallengelassen worden. Den Gemeinden soll dadurch geholfen werden, daß ihnen der Gesamtbetrag der Kürzung der Gehälter der Beamten in den Ländern und Gemeinden zufließt. Außerdem sollen die Länder 60 Millionen Mark vom Reich erhalten, die durch die Befreiung der Lohnsteuererstattungen erspart werden.

Um die neue Notverordnung der Bevölkerung schmackhaft zu machen, plant die Regierung, mit ihrer Veröffentlichung, in der Form einer Mantelnote einen eigenen Kommentar dazu zu liefern, in dem eine Rechtfertigung der in ihr enthaltenen drastischen Maßnahmen versucht und die Umrisse der sonstigen politischen Absichten der Regierung dargelegt werden.

Gelöbnis in Leipzig

Von J. H. E. Böttner

Wir sind nicht gekommen, um uns in endlosen Reden Selbstverständlichkeiten zu sagen und uns zu befehlen!

Wir sind gekommen, um der Welt zu sagen:

Wir fürchten uns nicht vor den kommenden Tagen!

Wir stehen geschlossen! Wir sind bereit,

Wege zu bahnen aus den Wirren der Zeit!

Wir sind gekommen, um zu bekennen:

Daß unsere Herzen in Liebe brennen!

In Liebe, für alle Brüder in Not,

Und daß wir kämpfen wollen bis in den Tod!

Genossen! Wir sind die mächtigste Partei!

Seid einig! Wir reißen die Ketten entzwei!